

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ENERGIE, KLIMASCHUTZ, UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT
01076 Dresden

Landesdirektion Sachsen

nachrichtlich

Landestalsperrenverwaltung Sachsen

Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

Landesuntersuchungsanstalt Sachsen

Ihr/-e Ansprechpartner/-in
Anett Ziller

Durchwahl
Telefon +49 351 564-24313
Telefax +49 351 564-24004

anett.ziller@
smul.sachsen.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
43-8612/17/3

Dresden,
9. Februar 2021

Erlass - Landesliste für empfohlene Untersuchungen von Pflanzenschutzmittel- und Biozidprodukt-Wirkstoffen (Fortschreibung der PSM-Landesliste) sowie zu weiteren Spurenstoffen (Informationsliste)
Anlagen: 3

I. Fortschreibung der Landesliste zur Untersuchung von Pflanzenschutzmittel- und Biozidprodukt-Wirkstoffen

Veranlassung

Mit einem gemeinsamen Schreiben des Staatsministeriums für Gesundheit und Soziales und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft vom 12. Mai 2016 wurde eine abgestimmte Landesliste für empfohlene Untersuchungen von Pflanzenschutzmittel- und Biozidwirkstoffen inklusive deren Abbauprodukten („PSM-Landesliste“) sowohl den Wasser- und Gesundheitsbehörden als auch den Aufgabenträgern der öffentlichen Wasserversorgung zur Anwendung empfohlen und deren Aktualisierung avisiert.

Im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Grundsatzkonzeption Wasserversorgung 2030 wurde durch eine Arbeitsgruppe mit Fachkollegen der Landesuntersuchungsanstalt, der Landestalsperrenverwaltung, vier regional und überregional tätigen Wasserversorgern unter Leitung des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) die PSM-Landesliste nunmehr unter Berücksichtigung neuer Untersuchungsergebnisse fortgeschrieben.

Ziel des Erlasses

Die Landesliste (Anlage 1) wird mit dem Ziel bekannt gegeben, den Überwachungsbedarf hinsichtlich der im Freistaat Sachsen aktuell oder in der Vergangenheit eingesetzten und damit hier maßgeblichen Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe und Biozidprodukt-Wirkstoffe sowie deren Umwandlungs- und Abbauprodukte zu untersetzen und damit die Überwachungsanforderungen zu konkretisieren sowie auffällige Wirkstoffe zu erfassen.

MACH
WAS
WICHTIGES
Arbeiten im Öffentlichen Dienst Sachsen

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Energie, Klimaschutz,
Umwelt und Landwirtschaft
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

www.smul.sachsen.de

Besucheradresse:
Sächsisches Staatsministerium
für Energie, Klimaschutz,
Umwelt und Landwirtschaft
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

Bitte beachten Sie die allgemeinen Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Erfüllung der Informationspflichten nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung auf www.smul.sachsen.de



2020/56641

Rechtlicher Rahmen

Nach § 14 Abs. 1 i. V. m. Anlage 2 Teil I lfd. Nr. 10 der Trinkwasserverordnung haben Wasserversorgungsunternehmen (WVU) solche Pflanzenschutzmittel- und Biozidprodukt-Wirkstoffe zu überwachen, deren Vorhandensein im betreffenden Wassereinzugsgebiet wahrscheinlich ist.

Gemäß § 45 Abs. 1 Satz 1 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) obliegt dem Träger der öffentlichen Wasserversorgung die selbständige Pflicht zum Schutz der Wasservorkommen durch Eigenkontrolle der Wasserversorgungsanlagen und Überwachung der zugehörigen Wasserschutzgebiete¹.

Diese Verpflichtung wird flankiert durch § 14 Abs. 1 und 4 Trinkwasserverordnung (TrinkwV), wonach dem Unternehmer und sonstigem Inhaber einer Wasserversorgungsanlage Untersuchungspflichten auch der zur Wasserversorgungsanlage gehörenden Schutzzone auferlegt werden.

Die Pflicht zur Eigenüberwachung gemäß § 45 Abs. 1 Satz 1 SächsWG gilt auch dann, wenn ein Wasserschutzgebiet noch nicht festgesetzt wurde. In diesem Fall wird die Pflicht zur Eigenüberwachung auf das gesamte Wassereinzugsgebiet erweitert (§ 45 Absatz 1 Satz 3 SächsWG). Die Überwachung muss sich nach den örtlichen Verhältnissen richten – namentlich den im Wassereinzugsgebiet vorhandenen Gefahren (risikobasierte Überwachung).

Die Meldepflicht der Aufgabenträger der öffentlichen Wasserversorgung zur Begrenzung und Abwendung von relevanten Beeinträchtigungen der Wasserversorgung bei Gefahren nach § 45 Abs. 1 Satz 2 SächsWG schließt die Annahme abstrakter Gefahren mit negativer Wirkung auf die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung ein.

Fachlicher Hintergrund

Der Schutz des Rohwassers und seiner Gewinnungsgebiete ist Grundlage für eine sichere und nachhaltige Trinkwasserversorgung und notwendig, um dem wasserwirtschaftlichen Grundsatz einer möglichst naturnahen Aufbereitung nachzukommen. Zu den wichtigen Stoffgruppen in Wassereinzugsgebieten gehören Pflanzenschutzmittel- und Biozidprodukt-Wirkstoffe, die wegen ihres großflächigen Einsatzes, ihrer teils geringen Abbaubarkeit und ihrer häufig toxischen Wirkung eine Gefährdung darstellen.

Da eine Erfassung der im jeweiligen Einzugsgebiet verwendeten Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe im Pflanzenschutzrecht nicht vorgesehen ist, fehlt den WVU die Information zur Konkretisierung ihrer Überwachung. Von circa 200 derzeit zugelassenen Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffen werden etwa 180 Wirkstoffe im Freistaat Sachsen angewendet. Etwa die Hälfte der Wirkstoffe sowie deren Metaboliten, Abbau- und Reaktionsprodukte werden im Grundwasser und den

¹ Wurde die Pflicht nach § 43 Abs. 3 SächsWG auf Dritte übertragen, so bestimmt § 46 Abs. 1 Satz 2, dass in der Verordnung zur Festsetzung eines WSG auch der Betreiber einer Wasserversorgungsanlage zur Überwachung verpflichtet werden kann.

Oberflächengewässern durch die Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft im Auftrag des LfULG untersucht.

Wie die 2016 erstmals erarbeitete Landesliste, basiert die fortgeschriebene Landesliste auf auffälligen Nachweisen von Pflanzenschutzmittel- und Biozidprodukt-Wirkstoffen sowie deren Abbauprodukten (pflanzenschutzrechtlich relevanter und nicht relevanter Metaboliten) in Fließ- und Standgewässern, Grundwasser, Roh- und Trinkwasser in Sachsen.

Aufgrund der Untersuchungsergebnisse der behördlichen Beobachtungsmessungen wurden drei Parameter in die Landesliste neu aufgenommen und drei Parameter gestrichen. Die aktualisierte Landesliste umfasst damit erneut 45 Parameter mit der Priorität 1 (Stoffe sind prioritär auffällig, ein Monitoring wird dringend empfohlen). Darüber hinaus wurde die Liste um weitere 23 Parameter der Priorität 2 (Stoffe, die vereinzelt oder regional auffällig sind und deren Trendverhalten zur Beobachtung empfohlen wird) erweitert.

Weitere Verfahrensweise

Die Landesdirektion Sachsen wird gebeten, diesen Erlass den unteren Wasser- sowie Gesundheitsbehörden und den Aufgabenträgern der öffentlichen Wasserversorgung in geeigneter bekannt zu geben.

Den Aufgabenträgern der öffentlichen Wasserversorgung bzw. deren Wasserversorgungsunternehmen wird empfohlen, die Untersuchungsprogramme mit Schwerpunktsetzung auf die 45, in der Priorität 1 gelisteten Pflanzenschutzmittel- und Biozidprodukt-Wirkstoffe zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Die Aufgabenträger der öffentlichen Wasserversorgung bzw. deren Wasserversorgungsunternehmen werden ferner gebeten, auffällige Befunde im Grundwasser bezüglich der Parameterliste 1 im Anhang an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)² zu melden und dabei das „Meldeformular zur Fundaufklärung bei Grenz- und Leitwertüberschreitungen von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen bzw. ihren relevanten (rM) und nicht relevanten Metaboliten (nrM) im Grundwasser“³ zu verwenden. Dabei soll das LfULG nachrichtlich einbezogen werden. Das LfULG unterstützt die Zulassungsinhaber dann bei den durch diese durchzuführenden Fundaufklärungs- oder Nachzulassungsmonitoring-Studien (NZM), insbesondere bei der Auswahl geeigneter weiterer, staatlicher Grundwassermessstellen. Dazu wurde ein entsprechend gestrafftes Verfahren zwischen den Bundesländern, dem BVL und dem Umweltbundesamt (UBA) etabliert. Fundaufklärungsverfahren und NZM-Studien werden durch das BVL und das UBA veranlasst.

² Werden bei Grundwasseruntersuchungen im Rahmen der Überwachung durch Behörden oder Trinkwasserversorger Konzentrationen von Wirkstoffen oder ihren Metaboliten oberhalb der Grenz- und Leitwerte gefunden, sind die Zulassungsinhaber der betroffenen Mittel verpflichtet, den Ursachen nachzugehen. Das BVL fordert in diesen Fällen vom Zulassungsinhaber eine Fundaufklärung.

³ https://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/04_Pflanzenschutzmittel/Meldeformular_Fundaufklärung_Grundwasser.html

II. Informationsliste für weitere organische Spurenstoffe und deren Abbauprodukte

Die Informationsliste (Anlage 2) wurde von der o. g. Arbeitsgruppe mit dem Ziel erstellt, den Überwachungsbedarf im Sinne des Vorsorgegrundsatzes weiter zu untersetzen.

Für die aufgeführten 39 organischen Spurenstoffe und deren Abbauprodukte gibt es bisher keine Grenzwerte in der TrinkwV, jedoch mit Verweis auf den Vorsorgegrundsatz festgelegte „gesundheitliche Orientierungswerte (GOW⁴)“. Im Rahmen der gewässerkundlichen Messungen gemäß § 89 SächsWG werden im Umweltbereich zu diesen Parametern bereits Daten erfasst und ausgewertet.

Sollten den Aufgabenträgern der öffentlichen Wasserversorgung ebenfalls Befunde zu den 39 genannten Parametern vorliegen, sind diese den unteren Wasserbehörden und dem LfULG nach Möglichkeit bekannt zu geben.

Dieser Erlass ersetzt mit sofortiger Wirkung den Erlass des Staatsministeriums für Gesundheit und Soziales und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft vom 12. Mai 2016 über „Empfohlene Untersuchungen Pflanzenschutzmittel- und Biozidwirkstoffen inklusive deren Abbauprodukte“.



Ulrich Kraus
Abteilungsleiter 4
SMEKUL



Dr. Stephan Koch
Abteilungsleiter 2
SMS

Anlagen - Tabellen-xls.

Registerblatt 1: Landesliste

Registerblatt 2: Informationsliste

Registerblatt 3: Zusatzinformationen zur Landesliste

⁴ <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5620/dokumente/listegowstoffeohnpsm-20200728-homepage.pdf>